

Niederschrift der Sitzung des Stadtrates am 10.04.2019

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	23:05 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Stadtratsvorsitzende:	Frau Pelke (TOP 1 – 7.2)
stellv. Stadtratsvorsitzende:	Frau Stange (ab TOP 8)
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung durch den Oberbürgermeister	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Vertretungsregelung des Oberbürgermeisters Einr.: Oberbürgermeister	0426/19
4.	Einwohnerfragestunde (Anfragen nach § 10 GeschO)	
4.1.	Umsetzung 3. Erfurter Psychatriebericht	0529/19
4.2.	Bildliche Darstellung der zweiten Erfurter Synagoge	0530/19
4.3.	Baugeschehen im Andreasviertel	0531/19

4.4.	Baumscheibennachpflanzungen	0532/19
4.5.	Förderung von Elektromobilität	0533/19
4.6.	Vorbildfunktion und Mobilitätskultur in Erfurt	0542/19
5.	Aktuelle Stunde	
6.	Beantwortung von Anfragen (§ 9 Abs. 2 GeschO)	
6.1.	Dringliche Anfragen	
6.1.1.	Dringliche Anfrage - Rechtsextreme Partei "Der III. Weg" Fragesteller: Fraktion DIE LINKE., Herr Kamieth	0683/19
6.1.2.	Dringliche Anfrage - Grünabfallentsorgung Fragesteller: Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, Herr Stassny	0685/19
6.1.3.	Dringliche Anfrage - Umstellung des Leerungsrhythmus für Hausmülltonnen im Bereich der Altstadt Fragesteller: Fraktion CDU, Herr Vothknecht	0700/19
6.2.	Anfragen	
6.2.1.	Sanierungen an Erfurter Sportstätten Fragesteller: Fraktion SPD, Herr Trier	0618/19
6.2.2.	Schülerinnen und Schüler mit erhöhten pädagogischen oder sonderpädagogischen Förderbedarf an Erfurter Schulen Fragesteller: Fraktion SPD, Herr Möller	0625/19
6.2.3.	Ausschöpfung Baumkontingent Rathausbrücke Fragesteller: Fraktion CDU, Herr Hose	0551/19
6.2.4.	Pflegekosten Geraaue Fragesteller: Fraktion CDU, Herr Panse	0600/19
6.2.5.	Fortbestand Museum für Volkskunde: Unsicherheit Nachbesetzung Personalstelle Museumsdirektor/in Fragesteller: Fraktion CDU, Herr Hose	0609/19

6.2.6.	Kaufmannszug auf der Via Regia im Rahmen der BUGA 2021 Fragesteller: Fraktion CDU, Herr Staufenbiel	0621/19
6.2.7.	Amtsblatt Einbezug Beteiligungsbeirat und Seniorenbeirat Fragesteller: Fraktion CDU, Herr Panse	0623/19
6.2.8.	Situation von Hundehaltern und Entwicklung der Hundesteuer in Erfurt Fragesteller: Fraktion DIE LINKE., Herr Kamieth	0566/19
6.2.9.	Gras wachsen lassen Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN, Herr Kanngießer	0603/19
6.2.10.	Zielerreichung Klimaschutzkonzept Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, Herr Kanngießer	0605/19
6.2.11.	Bestandsbäume verpflanzen statt fällen Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, Herr Kanngießer	0624/19
6.2.12.	Glyphosatbelastung Felder Töttleben Fragesteller: Ortsteilbürgermeister Kerspleben, Herr Henkel	0631/19
7.	Große Anfragen nach § 9 Abs. 5 GeschO	
7.1.	Situation aller Kindertagesbetreuungen in Erfurt Fragesteller: Fraktion CDU	0359/19
7.2.	BUGA-Ausrichtung prüfen Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	0409/19
8.	Behandlung von dringlichen Entscheidungsvorlagen	
8.1.	Schulnetzplan der Landeshauptstadt Erfurt 2019/20 bis 2023/24 Einr.: Fraktion DIE LINKE., Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	0697/19

8.2.	Aufstellungsbeschluss für die Änderung des Bebauungsplanes GIK 017 "Gebiet zwischen Nordhäuser Straße, Demminer Straße, Hannoversche Straße (B4) und Straße der Nationen" Einr.: Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, Ortsteilbürgermeister Moskauer Platz, Ortsteilbürgermeister Gispersleben	0704/19
9.	Entscheidungsvorlagen	
9.1.	Einzelhandels- und Zentrenkonzept - Billigung und Beschluss Einr.: Oberbürgermeister	1772/17
9.1.1.	Antrag des Ortsteilbürgermeisters Herrenberg zur Drucksache 1772/17 - Einzelhandels- und Zentrenkonzept - Billigung und Beschluss	2715/17
9.1.2.	Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN zur Drucksache 1772/17 - Einzelhandels- und Zentrenkonzept - Billigung und Beschluss	0182/18
9.1.3.	Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Drucksache 1772/17 - Einzelhandels- und Zentrenkonzept - Billigung und Beschluss	0245/18
9.1.4.	Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 1772/17 - Einzelhandels- und Zentrenkonzept - Billigung und Beschluss	0560/18
9.1.5.	Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 1772/17 - Einzelhandels- und Zentrenkonzept - Billigung und Beschluss	0561/18
9.1.6.	Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/ FDP/ PIRATEN und der OTB Gispersleben und OTB Moskauer Platz zur Drucksache 1772/17 Einzelhandels- und Zentrenkonzept - Billigung und Beschluss	0705/19
9.2.	Für die Einführung von Leichter Sprache in der Stadtverwaltung Einr.: Fraktion DIE LINKE.	1261/18

9.2.1.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 1261/18 Für die Einführung von Leichter Sprache in der Stadtverwaltung	0694/19
9.3.	Neufassung der Gebührensatzung der Volkshochschule Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	1412/18
9.4.	Neufassung der Gebührensatzung der Schülerakademie/Erfurter Malschule Einr.: Oberbürgermeister	1413/18
9.5.	Anpassung an den Klimawandel - Maßnahmenkatalog der Landeshauptstadt Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	2605/18
9.6.	Richtlinie für die Gewährung von Zuschüssen zur Beseitigung von Graffiti an baulichen Anlagen Einr.: Oberbürgermeister	2606/18
9.6.1.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur DS 2606/18 - Richtlinie für die Gewährung von Zuschüssen zur Beseitigung von Graffiti an baulichen Anlagen	0695/19
9.7.	Verlegung des Parkplatzes für Reisebusse bei Großveranstaltungen auf dem Domplatz Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	2629/18
9.7.1.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 2629/18, Verlegung des Parkplatzes für Reisebusse bei Großveranstaltungen auf dem Domplatz	0181/19
9.8.	Verkehrssicherheit auf Schulwegen und im direkten Umfeld von Kindertageseinrichtungen Einr.: Fraktion SPD	2662/18
9.8.1.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 2662/18 - Verkehrssicherheit auf Schulwegen und im direkten Umfeld von Kindertageseinrichtungen	0258/19

9.8.2.	Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 2662/18 - Verkehrssicherheit auf Schulwegen und im direkten Umfeld von Kindertageseinrichtungen	0693/19
9.9.	Bebauungsplan URB638 "Technologie- und Gewerbepark nördlich der Straße Am Herrenberg" - Billigung des Entwurfes und öffentliche Auslegung Einr.: Oberbürgermeister	0025/19
9.9.1.	Stellungnahme zur Begründung des Ortsteilbürgermeisters Urbich bezüglich DS 0025/19	0601/19
9.9.2.	Nachfragen der Fraktion FREIE WÄHLER/ FDP/ PIRATEN zur Drucksache 0025/19 - Bebauungsplan URB638 "Technologie- und Gewerbepark nördlich der Straße Am Herrenberg" - Billigung des Entwurfes und öffentliche Auslegung	0698/19
9.10.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan KRV712 "Hangkante Ringelberg - Leipziger Straße" - Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss, Billigung des Vorentwurfs und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit Einr.: Oberbürgermeister	0035/19
9.10.1.	Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Drucksache 0035/19 - Vorhabenbezogener Bebauungsplan KRV712 "Hangkante Ringelberg - Leipziger Straße" - Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss, Billigung des Vorentwurfs und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit	0699/19
9.11.	Schaffung einer Planstelle Fußgängerbeauftragten/e Einr.: Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN	0063/19
9.11.1.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur DS 0063/19 Schaffung einer Planstelle Fußgängerbeauftragten/e	0696/19
9.12.	Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 35 für den Bereich Hochheim "Gothaer Straße / östlich Wartburgstraße" - Billigung des Entwurfes und öffentliche Auslegung Einr.: Oberbürgermeister	0079/19

9.13.	Feststellung des Jahresabschlusses 2018 der KoWo-Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	0083/19
9.13.1.	Antrag der Fraktionen CDU und FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN zur DS 0083/19 - Feststellung des Jahresabschlusses 2018 der KoWo-Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt	0689/19
9.14.	Bebauungsplan KRV706 "ICE-City Ost, Teil A" - Aufstellungsbeschluss, Billigung des Vorentwurfs und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit Einr.: Oberbürgermeister	0117/19
9.14.1.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 0117/19, Bebauungsplan KRV706 "ICE-City Ost, Teil A" - Aufstellungsbeschluss, Billigung des Vorentwurfs und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit	0627/19
9.15.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan GIS699 "Wohnanlage Nordhäuser Straße / Europaplatz" - Beschluss über die Billigung und öffentliche Auslegung des Entwurfs Einr.: Oberbürgermeister	0149/19
9.16.	Bebauungsplan HOH716 "Parkplatz Gothaer Straße / Wartburgstraße", Billigung des Entwurfs und öffentliche Auslegung Einr.: Oberbürgermeister	0156/19
9.17.	Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 40 für den Bereich Gispersleben "Nordhäuser Straße / Europaplatz" - Aufstellungsbeschluss, Billigung des Entwurfes und öffentliche Auslegung Einr.: Oberbürgermeister	0158/19
9.18.	Grundstücksverkehr - Öffentliche Ausschreibung - Baugrundstück in Bindersleben - Eschenweg Einr.: Oberbürgermeister	0198/19
9.19.	Änderung des Kinder- und Jugendförderplanes 2017 - 2021 Einr.: Oberbürgermeister	0209/19

9.20.	Gekorener Verbandsrat und dessen Stellvertreter in der Verbandsversammlung des Fernwasserzweckverband Nord- und Ostthüringen (FWZ N/O) Einr.: Oberbürgermeister	0342/19
9.21.	Schulnetzplan der Landeshauptstadt Erfurt 2019/20 bis 2023/24 Einr.: Oberbürgermeister	0351/19
9.22.	Klimapartnerschaft mit der Partnerstadt San Miguel de Tucumán Einr.: Oberbürgermeister	0358/19
9.23.	Mehr kulturelle Aktivitäten in der Stadt ermöglichen Einr.: Fraktion SPD	0381/19
9.24.	Stadtgarten vor Vandalismus bewahren Einr.: Fraktion SPD	0392/19
9.25.	Nicht von Pappe - Erfurt auf dem Mehrweg! Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	0456/19
9.26.	Jahresbericht der Beteiligungsstruktur für junge Men- schen in Erfurt Einr.: Jugendhilfeausschuss	0467/19
9.27.	1. Fortschreibung zum Wirtschaftsplan 2019 der KoWo Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	0471/19
9.28.	Raum für Baumpflanzungen erhalten oder zu schaffen Einr.: Fraktion SPD	0575/19
9.29.	Mit Kind unterwegs - Wickel- und Stillmöglichkeiten in Erfurt Einr.: Fraktion CDU	0598/19
9.30.	Erfurt sagt Danke - Kostenfreier Eintritt am Tag des Eh- renamtes für ehrenamtlich engagierte Erfurter Bürger Einr.: Fraktion CDU	0599/19
9.31.	Erprobungs- und Entwicklungsvorhaben zu innerstädti- schen Bahntrassen als vernetzte Lebensräume Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	0602/19

10. Informationen

1. Eröffnung durch den Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende, Frau Pelke, eröffnete die 47. öffentliche Stadtratssitzung der Wahlperiode 2014 - 2019 und begrüßte alle Stadtratsmitglieder, die Beigeordneten sowie die Ortsteilbürgermeister, Pressevertreter und Gäste.

Sie gratulierte Herrn Prof. Dr. Dr. Pistner, Fraktion CDU, zum Geburtstag, wünschte alles Gute und der Oberbürgermeister, Herr Bausewein, überreichte Blumen.

Frau Pelke gab bekannt, dass der Hauptausschuss in der Sitzung am 03.05.2011 beschlossen hat, dass die Aufzeichnung der Stadtratssitzungen im Internet als Live-Stream und eine Speicherung der Daten bis zur nächst folgenden Stadtratssitzung durch die Mediengruppe Thüringen bzw. des durch sie beauftragten technischen Dienstleisters, unter den folgenden Bedingungen erfolgt:

- Die Kameraposition und die technischen Rahmenbedingungen werden vor der jeweiligen Stadtratssitzung durch die für die Presse und Öffentlichkeitsarbeit zuständige Dienststelle festgelegt. Es darf nur der jeweilige Redner am Rednerpult und das Präsidium hinter dem Rednerpult aufgezeichnet werden.
- Eine Aufnahme der Zuschauer-Empore und des Stadtratssitzungssaales ist nicht zulässig.
- Durch die Verwaltung wird der Mediengruppe Thüringen vor Beginn der Stadtratssitzung mitgeteilt, welche Personen einer Übertragung widersprochen haben. In der Sitzung können durch die Stadtratsvorsitzende weitere Personen benannt werden. Diese Personen dürfen nicht gefilmt werden.
- Im Übrigen ist die Mediengruppe Thüringen für die rechtmäßige Live-Übertragung der Stadtratssitzung verantwortlich.

Personen, die nicht aufgezeichnet werden wollen, können dies jederzeit der Stadtratsvorsitzenden bekannt geben.

Sie fragte daraufhin, ob jemand der Aufzeichnung, soweit der Redebeitrag vom Rednerpult aus erfolgt, widerspricht. Widerspruch erhob sich nicht.

Darüber hinaus hat der Hauptausschuss in der Sitzung am 20.10.2015 die Zustimmung erteilt, dass alle Fraktionen für die laufende Wahlperiode die Redebeiträge ihrer Mitglieder am Rednerpult im öffentlichen Teil von Stadtratssitzungen in Bild und Ton mitschneiden dürfen.

Die Liste der grundsätzlich genehmigten Journalisten gemäß §15 (6) der Geschäftsordnung liegt in den Fraktionsgeschäftsstellen und der für die Presse und Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Dienststelle zur Einsichtnahme für die Sitzungsteilnehmer vor, teilte die Stadtratsvorsitzende weiterhin mit.

Frau Pelke stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung form- und fristgemäß nach § 35 Abs. 2 ThürKO erfolgte. Zu diesem Zeitpunkt waren 40 Mitglieder des Stadtrates anwesend. Da

mindestens 26 Mitglieder des Stadtrates anwesend sein müssen, war der Stadtrat beschlussfähig, so die Stadtratsvorsitzende.

Sodann wurde dem Stadtratsmitglied, das seit der letzten Sitzung Geburtstag hatte, nachträglich gratuliert.

Weiterhin wies Frau Pelke darauf hin, dass die Pause entsprechend dem Verlauf der Tagesordnung in der Zeit von 18.30 Uhr bis 19.00 Uhr stattfindet.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Die Stadtratsvorsitzende gab folgende Änderungen zur Tagesordnung bekannt.

Nach Festlegung im Hauptausschuss und Zustimmung der einreichenden Fraktion DIE LINKE. wurde die Drucksache 1261/18 – Für die Einführung von Leichter Sprache in der Stadtverwaltung – TOP 9.2 in die Beratung der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung verwiesen.

Nach Festlegung im Hauptausschuss und Zustimmung des Einreichers, dem Oberbürgermeister wurde die Drucksache 0035/19 – Vorhabenbezogener Bebauungsplan KRV712 "Hangkante Ringelberg - Leipziger Straße" - Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss, Billigung des Vorentwurfs und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit – TOP 9.10 in die Beratung der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt verwiesen.

Nach Festlegung im Hauptausschuss und Zustimmung der einreichenden Fraktion CDU wurde die Drucksache 0599/19 – Erfurt sagt Danke - Kostenfreier Eintritt am Tag des Ehrenamtes für ehrenamtlich engagierte Erfurter Bürger – TOP 9.30 in die Beratung der Sitzung des Hauptausschusses und des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung verwiesen.

Nach Festlegung im Hauptausschuss und Zustimmung der einreichenden Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde die Drucksache 0602/19 – Erprobungs- und Entwicklungsvorhaben zu innerstädtischen Bahntrassen als vernetzte Lebensräume – TOP 9.31 in die Beratung der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt verwiesen.

Folgende Drucksachen sollten zusätzlich aufgenommen werden:

- Drucksache 0697/19
Schulnetzplan der Landeshauptstadt Erfurt 2019/20 bis 2023/24
Einr.: Fraktion DIE LINKE., Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Stadtratsvorsitzende erklärte, dass zur Aufnahme in die Tagesordnung eine 2/3-Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Stadtrates erforderlich sei.

Zu Beginn begründete Herr Bärwolff, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., die Dringlichkeit der Drucksache.

Dazu hielt der Oberbürgermeister, Herr Bausewein, eine Gegenrede und begründete zugleich die Vertagung der Drucksache 0351/19 – Schulnetzplan der Landeshauptstadt Erfurt 2019/20 bis 2023/24 – TOP 9.21 - auf die Sitzung des Stadtrates am 22. Mai 2019.

Nachfolgend hielt Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, ebenfalls eine Gegenrede.

Daraufhin hinterfragte Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die mögliche Anzahl der Für- und Gegenreden vor der Abstimmung zur Aufnahme einer dringlichen Drucksache in die Tagesordnung des Stadtrates.

Hierzu wurde folgender Antrag zur Behandlung im Hauptausschuss festgehalten:

Es wird darum gebeten, die Thematik „Aufnahme von dringlichen Drucksachen in die Tagesordnung der Sitzung des Stadtrates“ hinsichtlich der Begründung der Dringlichkeit und der Gegenrede zur Drucksache im Hauptausschuss zu beraten.	Drucksache 0749/19
--	--------------------

Sodann ließ die Stadtratsvorsitzende über die dringliche Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 10
Nein-Stimmen: 30
Enthaltungen: 1

Somit wurde die benötigte 2/3- Mehrheit nicht erreicht und die Drucksache nicht in die Tagesordnung aufgenommen.

- Drucksache 0704/19
Aufstellungsbeschluss für die Änderung des Bebauungsplanes GIK 017 "Gebiet zwischen Nordhäuser Straße, Demminer Straße, Hannoversche Straße (B4) und Straße der Nationen"
Einr.: Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, Ortsteilbürgermeister Moskauer Platz, Ortsteilbürgermeister Gispersleben

Die Stadtratsvorsitzende erklärte, dass zur Aufnahme in die Tagesordnung eine 2/3-Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Stadtrates erforderlich sei.

Zu Beginn begründete Herr Stassny, Vorsitzender der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, die Dringlichkeit der Drucksache.

Sodann ließ die Stadtratsvorsitzende über die dringliche Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	36
Nein-Stimmen:	4
Enthaltungen:	1

Somit wurde die benötigte 2/3- Mehrheit erreicht und die Drucksache unter TOP 8.2 in die Tagesordnung aufgenommen.

Die folgenden Drucksachen wurden auf Antrag des Einreichers vertagt:

- TOP 7.1 – Drucksache 0359/19
Situation aller Kindertagesbetreuungen in Erfurt
Fragesteller: Fraktion CDU
- TOP 9.7 – Drucksache 2629/18
Verlegung des Parkplatzes für Reisebusse bei Großveranstaltungen auf dem Domplatz
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- TOP 9.11 – Drucksache 0063/19
Schaffung einer Planstelle Fußgängerbeauftragten/e
Einr.: Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN
- TOP 9.21 – Drucksache 0351/19
Schulnetzplan der Landeshauptstadt Erfurt 2019/20 bis 2023/24
Einr.: Oberbürgermeister

Die beiden folgenden Drucksachen sollten gemeinsam beraten und getrennt abgestimmt werden:

- TOP 9.12 – Drucksache 0079/19
Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 35 für den Bereich Hochheim "Gothaer Straße / östlich Wartburgstraße" - Billigung des Entwurfes und öffentliche Auslegung
Einr.: Oberbürgermeister

mit dem
- TOP 9.16 – Drucksache 0156/19
Bebauungsplan HOH716 "Parkplatz Gothaer Straße / Wartburgstraße", Billigung des Entwurfs und öffentliche Auslegung
Einr.: Oberbürgermeister.

Sodann gab die Stadtratsvorsitzende bekannt, dass auf Grund einstimmiger Vorberatungsergebnisse und Festlegung im Hauptausschuss vorgeschlagen wurde, folgende Drucksachen ohne Redebedarf sofort abzustimmen:

- TOP 9.3 – Drucksache 1412/18
Neufassung der Gebührensatzung der Volkshochschule Erfurt
Einr.: Oberbürgermeister

- TOP 9.4 – Drucksache 1413/18
Neufassung der Gebührensatzung der Schülerakademie/Erfurter Malschule
Einr.: Oberbürgermeister
- TOP 9.14 – Drucksache 0117/19
Bebauungsplan KRV706 "ICE-City Ost, Teil A" - Aufstellungsbeschluss, Billigung des Vorentwurfs und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit
Einr.: Oberbürgermeister
- TOP 9.15 – Drucksache 0149/19
Vorhabenbezogener Bebauungsplan GIS699 "Wohnanlage Nordhäuser Straße / Europaplatz" - Beschluss über die Billigung und öffentliche Auslegung des Entwurfs
Einr.: Oberbürgermeister
- TOP 9.17 – Drucksache 0158/19
Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 40 für den Bereich Gispersleben "Nordhäuser Straße / Europaplatz" - Aufstellungsbeschluss, Billigung des Entwurfes und öffentliche Auslegung
Einr.: Oberbürgermeister
- TOP 9.18 – Drucksache 0198/19
Grundstücksverkehr - Öffentliche Ausschreibung - Baugrundstück in Bindersleben – Eschenweg
Einr.: Oberbürgermeister
- TOP 9.19 – Drucksache 0209/19
Änderung des Kinder- und Jugendförderplanes 2017 – 2021
Einr.: Oberbürgermeister
- TOP 9.20 – Drucksache 0342/19
Gekorener Verbandsrat und dessen Stellvertreter in der Verbandsversammlung des Fernwasserzweckverband Nord- und Ostthüringen (FWZ N/O)
Einr.: Oberbürgermeister
- TOP 9.22 – Drucksache 0358/19
Klimapartnerschaft mit der Partnerstadt San Miguel de Tucumán
Einr.: Oberbürgermeister
- TOP 9.26 – Drucksache 0467/19
Jahresbericht der Beteiligungsstruktur für junge Menschen in Erfurt
Einr.: Jugendhilfeausschuss

Dagegen erhob sich kein Widerspruch.

Bezugnehmend auf die sofortige Abstimmung der Drucksache 0117/19 unter TOP 9.14 fragte Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ob zu diesem bei der Abstimmung der Antrag seiner Fraktion (Drucksache 0627/19) beachtet werde.

Dies bejahte die Stadtratsvorsitzende.

Weitere Anträge zur Änderung der Tagesordnung gab es nicht.

3. Vertretungsregelung des Oberbürgermeisters 0426/19
Einr.: Oberbürgermeister

Der Oberbürgermeister, Herr Bausewein, gab die Reihenfolge der Stellvertretung durch die hauptamtlichen Beigeordneten wie folgt bekannt:

- 1. Vertreterin
Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend: Frau Anke Hofmann-Domke
- 2. Vertreter
Beigeordneter für Bau und Verkehr: Herr Alexander Hilge
- 3. Vertreter
Beigeordneter für Finanzen und Wirtschaft: Herr Steffen Linnert
- 4. Vertreter
Beigeordneter für Sicherheit und Umwelt: Herr Andreas Horn
- 5. Vertreter
Beigeordneter für Kultur und Stadtentwicklung: Herr Dr. Tobias J. Knoblich.

zur Kenntnis genommen

4. Einwohnerfragestunde (Anfragen nach § 10 GeschO)

Es lagen sechs Einwohneranfragen schriftlich beantwortet vor. Die Stadtratsvorsitzende verwies auf die Geschäftsordnung. Danach können vom Fragesteller zwei Nachfragen gestellt und die Anfragen auf Hinweis der Stadtratsmitglieder und durch Beschluss ausschließlich auf die Tagesordnung der Sitzung der sachlich zuständigen Ausschüsse gesetzt werden.

Gemäß Stadtratsbeschluss 2070/17 erfolgt eine Untergliederung der Einwohneranfragen hinsichtlich der Zustimmung zur Audioübertragung, teilte die Stadtratsvorsitzende mit und gab bekannt, dass alle Fragesteller im Vorfeld der Sitzung der Audioübertragung zugestimmt haben.

4.1. Umsetzung 3. Erfurter Psychatriebericht 0529/19

Die Nachfrage der Fragestellerin zum Stellenbesetzungsverfahren wurde durch den Oberbürgermeister, Herrn Bausewein, beantwortet.

Die Fragestellerin fragte nach, wie oft die AG Sozialpsychiatrie in den letzten vier Jahren getagt hat.	Drucksache 0763/19
---	-----------------------

Daraufhin beantragte Herr Möller, Fraktion SPD, die Verweisung der Anfrage inkl. der Beantwortung der Nachfrage in den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung, die mit

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 41
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

bestätigt wurde.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

4.2. Bildliche Darstellung der zweiten Erfurter Synagoge 0530/19

Die Nachfrage des Fragestellers wurde durch den Oberbürgermeister, Herr Bausewein beantwortet.

Für eine ausführliche Erörterung der Thematik beantragte Herr Dr. Beese, Fraktion SPD, die Verweisung der Anfrage in den Kulturausschuss, die mit

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 41
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

bestätigt wurde.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

4.3. Baugeschehen im Andreasviertel 0531/19

Der Fragesteller war nicht anwesend.

zur Kenntnis genommen

4.4. Baumscheibennachpflanzungen 0532/19

Die Nachfrage des Fragestellers wurde durch den Beigeordneten für Bau und Verkehr, Herrn Hilge, beantwortet.

Sodann beantragte Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Verweisung der Anfrage in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt, die mit

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 41
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

bestätigt wurde.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

4.5. Förderung von Elektromobilität

0533/19

Die Nachfrage des Fragestellers wurde durch den Oberbürgermeister, Herrn Bausewein, beantwortet.

Sodann beantragten Herr Kallenbach, Fraktion CDU und Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Verweisung der Anfrage in den Bau- und Verkehrsausschuss, die mit

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 41
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

bestätigt wurde.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

4.6. Vorbildfunktion und Mobilitätskultur in Erfurt

0542/19

Die Nachfrage des Fragestellers wurde durch den Oberbürgermeister, Herrn Bausewein, beantwortet.

Sodann beantragten Herr Kallenbach, Fraktion CDU und Herr Kanngießler, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Verweisung der Anfrage in den Bau- und Verkehrsausschuss, die mit

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 40
Nein-Stimmen: 1
Enthaltungen: 0

bestätigt wurde.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

5. Aktuelle Stunde

Es lag kein Antrag vor.

6. Beantwortung von Anfragen (§ 9 Abs. 2 GeschO)

Die Anfragen lagen schriftlich beantwortet vor. Die Stadtratsvorsitzende verwies auf die Geschäftsordnung. Danach können vom Fragesteller zwei Nachfragen gestellt und die Anfrage durch Beschluss in den zuständigen Ausschuss verwiesen werden.

Zuerst erfolgte der Aufruf der dringlichen Anfragen. Die Stadtratsvorsitzende wies darauf hin, dass für eine Behandlung der Anfragen in der Sitzung die Mehrheit von 2/3 der anwesenden Mitglieder stimmen müsse. Wenn diese Mehrheit erreicht sei, werde die Beantwortung ausgereicht.

6.1. Dringliche Anfragen

6.1.1. Dringliche Anfrage - Rechtsextreme Partei "Der III. Weg" 0683/19 Fragesteller: Fraktion DIE LINKE., Herr Kamieth

Zu Beginn ließ die Stadtratsvorsitzende über die dringliche Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	41
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Somit wurde die benötigte 2/3-Mehrheit erreicht.

Die Behandlung der Anfrage erfolgte nach den regulär eingereichten Anfragen.

Der Fragesteller hatte keine Nachfragen zur Beantwortung.

zur Kenntnis genommen

6.1.2. Dringliche Anfrage - Grünabfallentsorgung 0685/19 Fragesteller: Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, Herr Stassny

Zu Beginn ließ die Stadtratsvorsitzende über die dringliche Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 41
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Somit wurde die benötigte 2/3-Mehrheit erreicht.

Die Behandlung der Anfrage erfolgte nach den regulär eingereichten Anfragen.

Der Fragesteller führte zur Situation vor Ort aus und bat darum die Anwohner auf Ausweichmöglichkeiten zur Grünabfallentsorgung mit Hilfe eines Schildes hinzuweisen.

Daraufhin erklärte der zuständige Beigeordnete für Sicherheit und Umwelt, Herr Horn, dass am morgigen Tag die abgestellten Säcke entsorgt, ein Schild aufgestellt und eine Pressemitteilung erfolgt.

Zusätzlich beantragte der Fragesteller die Verweisung der Anfrage in den Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen, die mit

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 41
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

bestätigt wurde.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.1.3. Dringliche Anfrage - Umstellung des Leerungsrhythmus für Hausmülltonnen im Bereich der Altstadt 0700/19
Fragesteller: Fraktion CDU, Herr Vothknecht

Zu Beginn begründete der Fragesteller die Dringlichkeit der Anfrage.

Sodann ließ die Stadtratsvorsitzende über die dringliche Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 41
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Somit wurde die benötigte 2/3-Mehrheit erreicht.

Die Behandlung der Anfrage erfolgte nach den regulär eingereichten Anfragen.

Der Fragesteller hinterfragte die Umstellung des Leerungsrhythmus für die Hausmülltonnen in verschiedenen Gebieten der Stadt. Die Nachfragen des Fragestellers wurden durch den Leiter des Umwelt- und Naturschutzamtes beantwortet.

Für die ausführliche Beratung der Thematik beantragte der Fragesteller die Verweisung der Anfrage in den Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen, die mit

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 41
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

bestätigt wurde.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.2. Anfragen

6.2.1. Sanierungen an Erfurter Sportstätten 0618/19
Fragesteller: Fraktion SPD, Herr Trier

Der Fragesteller beantragte zugleich die Verweisung der Anfrage in den Werkausschuss Erfurter Sportbetrieb, die mit

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 41
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

bestätigt wurde.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.2.2. Schülerinnen und Schüler mit erhöhten pädagogischen 0625/19
oder sonderpädagogischen Förderbedarf an Erfurter
Schulen
Fragesteller: Fraktion SPD, Herr Möller

Der Fragesteller, Herr Möller, Fraktion SPD, bat um eine differenzierte Darstellung zwischen den Schülerinnen und Schülern ohne oder mit sehr wenigen Sprachkenntnissen in Deutsch (A0 und A1) und den Schülerinnen und Schülern mit mittleren Sprachkenntnissen (A2, B1).	Drucksache 0764/19
--	-----------------------

Zugleich beantragte Herr Möller die Verweisung der Anfrage inkl. der Beantwortung der Nachfrage in den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung und in den Jugendhilfeausschuss, die mit

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	41
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

bestätigt wurde.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.2.3. Ausschöpfung Baumkontingent Rathausbrücke 0551/19
Fragesteller: Fraktion CDU, Herr Hose

In Vertretung des Fragestellers beantragte Herr Vothknecht, Fraktion CDU, die Verweisung der Anfrage in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt, die mit

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	41
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

bestätigt wurde.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.2.4. Pflegekosten Geraaue 0600/19
Fragesteller: Fraktion CDU, Herr Panse

Die Nachfrage des Fragestellers hinsichtlich der Frage 2 wurde durch den Beigeordneten für Bau und Verkehr, Herrn Hilge, beantwortet.

Daraufhin beantragte der Fragesteller die Verweisung der Anfrage in den BUGA-Ausschuss, die mit

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	41
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

bestätigt wurde.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.2.5. Fortbestand Museum für Volkskunde: Unsicherheit 0609/19
Nachbesetzung Personalstelle Museumsdirektor/in
Fragesteller: Fraktion CDU, Herr Hose

In Vertretung des Fragestellers beantragte Herr Vothknecht, Fraktion CDU, die Verweisung der Anfrage in den Kulturausschuss unter Hinzuziehung der amt. Direktorin des Volkskundemuseums, die mit

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 41
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

bestätigt wurde.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.2.6. Kaufmannszug auf der Via Regia im Rahmen der BUGA 0621/19
2021
Fragesteller: Fraktion CDU, Herr Staufenbiel

zur Kenntnis genommen

6.2.7. Amtsblatt Einbezug Beteiligungsbeirat und Seniorenbei- 0623/19
rat
Fragesteller: Fraktion CDU, Herr Panse

Der Fragesteller bat darum, die Anfrage inkl. der Beantwortung dem Beteiligungsbeirat zur Kenntnis zu geben¹ und beantragte zugleich die Verweisung der Anfrage in den Hauptausschuss, die mit

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 41
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

bestätigt wurde.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

¹ Die Anfrage inkl. der Beantwortung wurde am 11.04.2019 durch den Sitzungsdienst an den Beteiligungsbeirat weitergeleitet.

- 6.2.8. Situation von Hundehaltern und Entwicklung der Hundesteuer in Erfurt 0566/19**
Fragesteller: Fraktion DIE LINKE., Herr Kamieth

Der Fragesteller beantragte die Verweisung der Anfrage in den Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile, die mit

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 41
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

bestätigt wurde.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

- 6.2.9. Gras wachsen lassen 0603/19**
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN, Herr Kanngießer

zur Kenntnis genommen

- 6.2.10. Zielerreichung Klimaschutzkonzept 0605/19**
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, Herr Kanngießer

zur Kenntnis genommen

- 6.2.11. Bestandsbäume verpflanzen statt fällen 0624/19**
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, Herr Kanngießer

Der Fragesteller beantragte die Verweisung der Anfrage in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt, die mit

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 41
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Fraktion erwartet, dass die Verwaltung die Zahlen für die Bürger veröffentlicht. Diese Chance wurde jedoch nicht genutzt und die Antworten – aus Sicht seiner Fraktion - zu kurz formuliert, kritisierte Herr Prof. Dr. Thumfart.

Daraufhin führte der zuständige Beigeordnete für Bau und Verkehr, Herr Hilge, zur Beantwortung aus und begründete den Umfang der Darstellungen seitens der Verwaltung. Der derzeitige Zwischenstand der Genehmigung der Maßnahmen im Bereich der nördlichen Geraaue und des Petersberges sei für alle Bürger einsehbar, erklärte Herr Hilge und zeigte die Ausgaben für die BUGA inkl. dem Anteil der Fördergelder für die Grünflächen, Straßen, Wege und Brücken in der Geraaue sowie für die Grünanlagen auf dem Petersberg auf.

Herr Metz, Fraktion SPD, wies darauf hin, dass mit den Investitionen für die BUGA im Nordpark Erfurt und in der Geraaue die größte grüne Achse Thüringens entstehe und diese positive Entwicklung den Bürgern bekannt gemacht werden müsse. Zudem werde die nördliche Geraaue einschließlich des Nordparks frei zugänglich für die Erfurter und Touristen. All dies - insbesondere die Errichtung von sieben Spielplätzen - sei eine große Bereicherung für die gesamte Erfurter Bevölkerung.

Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, zeigte sich enttäuscht von der Fragestellung in der großen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegen eine kritische Hinterfragung mancher Vorhaben habe er nichts einzuwenden. Aber der Tenor für die BUGA sollte doch positiv stimmen und nicht ins Negative gleiten. Dahingehend habe er mehr erwartet sowohl aus der Fragestellung heraus als auch bei der Beantwortung. Zudem ging er auf die positive Entwicklung der Geraaue, der Ega sowie des Petersberges ein und verwies auf die Beratungen im zuständigen BUGA-Ausschuss.

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., schloss sich den Aussagen ihres Vorredners an und zeigte sich ebenfalls ein wenig irritiert über die Fragestellungen der Anfrage und den dazugehörigen Antworten. In ihren Ausführungen warb sie für die gute Zusammenarbeit im zuständigen BUGA-Ausschuss und dessen Fortbestand nach der Kommunalwahl. Insbesondere hob sie die positive Entwicklung der Ega, die mit den Investitionen für die BUGA einhergeht, hervor.

Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, äußerte seine Sichtweise zur – seiner Ansicht nach – zu spät gestellten großen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Dies zeige lediglich die Problematik auf, dass der Informationsfluss zur BUGA mit all den positiven Maßnahmen zur Erhaltung und Entwicklung der Grünflächen an der Geraaue und der Ega nachgelassen habe.

Auf die Aussagen seiner Vorredner nahm Herr Prof. Dr. Thumfart nochmals Bezug und äußerte seinen Unmut darüber, dass die mündlichen Informationen von Herrn Hilge nicht in der schriftlichen Beantwortung aufgeführt wurden.

Abschließend stellte Herr Czentarra, Fraktion DIE LINKE., seinen Standpunkt zur Thematik vor.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Damit beendete die Stadtratsvorsitzende die Aussprache zur großen Anfrage.

zur Kenntnis genommen

Im Anschluss erfolgte die Pause.

8. Behandlung von dringlichen Entscheidungsvorlagen

- 8.1. Schulnetzplan der Landeshauptstadt Erfurt 2019/20 bis 2023/24 0697/19
Einr.: Fraktion DIE LINKE., Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

siehe TOP 2

Dringlichkeit nicht bestätigt

- 8.2. Aufstellungsbeschluss für die Änderung des Bebauungsplanes GIK 017 "Gebiet zwischen Nordhäuser Straße, Demminer Straße, Hannoversche Straße (B4) und Straße der Nationen" 0704/19
Einr.: Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, Ortsteilbürgermeister Moskauer Platz, Ortsteilbürgermeister Gispersleben

Die stellv. Stadtratsvorsitzende, Frau Stange, übernahm die Sitzungsleitung beginnend mit diesem Tagesordnungspunkt direkt nach der Pause.

Die stellv. Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird und die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt.

Zu Beginn erläuterte Herr Stassny, Vorsitzender der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, die Intention der Drucksache, die durch seine Fraktion gemeinsam mit dem Ortsteilbürgermeister Moskauer Platz und der Ortsteilbürgermeisterin Gispersleben eingereicht wurde. Mit diesem Antrag solle als Kompromiss die Erweiterung des Thüringen-Parks Erfurt um insgesamt 4.500 m² Verkaufsraumfläche für zentrenrelevante Sortimente ermöglicht werden. Hierzu bat Herr Stassny um Zustimmung und teilte zugleich mit, den Vorschlag gemäß der Stellungnahme der Verwaltung – die Anfügung des folgenden Satzes im Beschlusstext:

„Dabei sind maximale, sortimentspezifische Verkaufsflächen festzusetzen.“

zu übernehmen. Abschließend warb er für die notwendige Änderung im Einzelhandelskonzept (Drucksache 1772/17).

Herr Prof. Dr. Dr. Pistner, Fraktion CDU, sah in der Thematik eine Gesamtverantwortung für die Landeshauptstadt Erfurt und sprach sich dahingehend gegen die Erweiterung des Thüringen-Parks aus. Das Einzelhandelskonzept (Drucksache 1772/17) solle in der jetzigen Form bestehen bleiben und beschlossen werden.

Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, verkündete, dass die Mehrheit seiner Fraktion für eine maßvolle Erweiterung des Thüringen-Parks im Sinne der vorliegenden Drucksache 0704/19 stehe. Dies sei ein guter Kompromiss. In seinen weiteren Ausführungen ging er auf die Entwicklung des Thüringen-Parks und dessen Bedeutung für die Landeshauptstadt Erfurt ein. Die Landeshauptstadt Erfurt wächst und daher müsse auf die gegenwärtige sowie zukünftige Nachfrage reagiert werden.

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, verwies auf die zwei vorliegenden Gutachten und beleuchtete die Zahlen der Ertragskraft im innerstädtischen Handel gegenüber dem des Thüringen-Parks näher. Die Ertragskraft liege mit 25 Prozent pro Quadratmeter höher als in der Innenstadt. Wie die Mehrheit der Händler der Innenstadt und der Magdeburger Allee sprach auch er sich gegen die Erweiterung des Thüringen-Parks im Bereich des zentrenrelevanten Sortiments aus.

Genau wie sein Vorredner lehnte Herr Metz, Fraktion SPD, ebenfalls die Erweiterung des Thüringen-Parks ab und übte zugleich seine Kritik an den "Machenschaften" der Investorengruppe. Seiner Ansicht nach solle der Einzelhandel in der Landeshauptstadt in der Gesamtheit und vorrangig die Nahversorgung in allen Gebieten der Stadt betrachtet werden.

Herr Bärwolff, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., sah die Hauptaufgabe des Stadtrates darin, die Stadtpolitik im öffentlichen Interesse zu steuern und übte Kritik an den Projekten der Investorengruppe des Thüringen-Parks. Für ihn stehe ebenfalls die Nahversorgung für die Bürger der Landeshauptstadt Erfurt im Vordergrund. Eine Erweiterung des Thüringen-Parks könne erfolgen, aber nicht mit zentrenrelevantem Sortiment, erklärte er und verwies zugleich auf die notwendige Sanierung des bestehenden Thüringen-Parks.

Herr Warnecke, Vorsitzender der Fraktion SPD, sprach sich für die Erweiterung des Thüringen-Parks aus und begrüßte die damit einhergehende maßvolle Ausweitung des Kauflandes mit Nahversorgungscharakter. Dies sei ein tragbarer Kompromiss gegenüber der von den Investoren beantragten Erweiterung um 7.500 m². Vor dem Hintergrund einer sonst unendlichen Geschichte warb er um Zustimmung zur vorliegenden Drucksache.

Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sah die Konkurrenz für die Innenstadt als zu hoch an und sprach sich gegen die Drucksache und somit gegen die Erweiterung des Thüringen-Parks aus.

Entgegen der Ansicht ihres Vorredners befürwortete Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., die Erweiterung des Angebotes und der Verkaufsfläche im Thüringen-Park Erfurt. Ihrer Ansicht nach müsse sich die Innenstadt ohnehin weiterhin um Attraktivität bemühen.

Herr Poloczek-Becher, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, bekräftigte die Aussagen von Frau Stange und sah die Konkurrenz der Geschäfte in der Innenstadt nicht in der Erweiterung des Thüringen-Parks sondern im Kampf gegen den zunehmenden Onlinehandel. Zudem seien seiner Ansicht nach zu viele Dopplungen ähnlicher Sortimentsangebote, wie beispielsweise die Vielzahl von Bäckereien in einem begrenzten Gebiet der Innenstadt, das Problem. Die Doppelung der Geschäfte einzelner Anbieter in der Innenstadt und dem Thüringen-Park sei dagegen eine Bereicherung für die Kundschaft.

Das doppelte Angebot einzelner Geschäfte in der Innenstadt und dem Thüringen-Park sah auch Herr Frenzel, Fraktion SPD, als positive Entwicklung an und sprach sich für eine Erweiterung der Verkaufsfläche im Thüringen-Park gemäß dieser Drucksache aus.

In diesem Zusammenhang müssen vor allem die Rahmenbedingungen für die Innenstadt angepasst werden, regte Herr Pfistner, Fraktion CDU, an und verwies insbesondere auf die Vergrößerung der Warenpalette und die Erhöhung der Parkmöglichkeiten.

Frau Faber-Steinfeld, Fraktion SPD, verwies auf die ausschlaggebenden Faktoren der heutigen Gesellschaft - die Zeit und das Angebot. Die Abwägung dieser Faktoren spiele bei Einkaufsverhalten generell die Hauptrolle und spreche durchaus für die Erweiterung des Thüringen-Park um zentrenrelevantes Sortiment.

Herr Blechschmidt, Fraktion DIE LINKE, mahnte an, die gesamte Landeshauptstadt Erfurt zu betrachten und somit den Norden und den Osten der Stadt konkurrenzfähig zu machen. Dies sei eine Chance für den Thüringen-Park, die insbesondere in Anbetracht des Bevölkerungswachstums, genutzt werden sollte.

An einer Diskussion über die Auswirkungen einer jetzigen Entscheidung für die Zukunft, der Einstufung, ob diese richtig oder falsch sei, der Entwicklung der Mietkosten der Geschäfte in der Innenstadt und im Thüringen-Park beteiligten sich:

- Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
- Herr Prof. Dr. Merforth, Fraktion SPD,
- Herr Frenzel, Fraktion SPD,
- Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD,
- Herr Städter, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN,
- Herr Bärwolff, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. und
- Herr Prof. Dr. Dr. Pistner, Fraktion CDU.

Abschließend regte Herr Vothknecht, Fraktion CDU, aus Sicht als Geschäftsinhaber in der Innenstadt an, die Umstände in der Innenstadt hinsichtlich der Ordnung, Sauberkeit und des Hausrechtes zu überdenken. All diese Faktoren seien im Thüringen-Park – im Gegensatz zur Innenstadt - vereinheitlicht und gegeben. Dies schätzen die Kunden, erklärte er und empfahl die gesamte Ideologie des Handels in der Innenstadt zu überdenken.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Somit rief die stellv. Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über die Drucksache in Fassung der Stellungnahme der Verwaltung auf.

mit Änderungen beschlossen Ja 24 Nein 16 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, einen Aufstellungsbeschluss für die Änderung des Bebauungsplanes GIK 017 "Gebiet zwischen Nordhäuser Straße, Demminer Straße, Hannoverische Straße (B4) und Straße der Nationen" vorzulegen, der die Erweiterung des Thüringen-Parks Erfurt im Umfang von insgesamt 4.500 m² Verkaufsraumfläche zentrenrelevanter Sortimente zum Gegenstand hat. Dabei sind maximale, sortimentspezifische Verkaufsflächen festzusetzen.

Im Anschluss an die Abstimmung gab Herr Vothknecht, Fraktion CDU, folgende Erklärung zu seinem Abstimmverhalten ab:

„Ich möchte ein Statement zu meinem Abstimmungsverhalten geben. Ich habe dagegen gestimmt, weil in meiner Rede schon anklang, dass die Verhältnisse von Innenstadt zum Thüringen-Park noch nicht gegeben sind für dessen Erweiterung. Und möchte das auch im Protokoll wieder finden, damit auch dann in ein paar Jahren festzustellen ist, wer sich wie entschieden hat. Vielleicht können sich andere Stadträte auch noch anschließen.“

Weitere Erklärungen zum Abstimmverhalten gab es nicht.

9. Entscheidungsvorlagen

9.1. Einzelhandels- und Zentrenkonzept - Billigung und Beschluss 1772/17 Einr.: Oberbürgermeister

Die stellv. Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass alle beteiligten Ortsteilräte die Drucksache vorberaten und zur Kenntnis genommen haben.

In der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt mit dem Ausschuss für Ordnung, Sicherheit und Ortsteile und dem Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen am 24.01.2018 wurde die Drucksache wie folgt votiert:

- Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt bestätigt (Ja 8 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0)
- Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile bestätigt (Ja 6 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0)
- Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen bestätigt (Ja 5 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0).

Der Stadtrat verwies die Drucksache in seiner Sitzung am 07.03.2018 nochmals in die zuständigen Ausschüsse.

Es lag ein Antrag des Ortsteilbürgermeisters Herrenberg mit Drucksache 2715/17 vor. Dieser ergänzte die Ursprungsdrucksache.

Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Dieser Antrag wurde in der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt mit dem Ausschuss für Ordnung, Sicherheit und Ortsteile und dem Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen am 24.01.2018 wie folgt votiert:

- Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt abgelehnt (Ja 0 Nein 8 Enthaltung 2 Befangen 0)
- Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile abgelehnt (Ja 0 Nein 5 Enthaltung 3 Befangen 0)
- Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen abgelehnt (Ja 0 Nein 6 Enthaltung 2 Befangen 0).

Es lag ein Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN mit Drucksache 0182/18 vor. Dieser änderte die Anlage der Ursprungsdrucksache. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Dieser Antrag wurde in der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt mit dem Ausschuss für Ordnung, Sicherheit und Ortsteile und dem Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen am 24.01.2018 wie folgt votiert:

- Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt abgelehnt (Ja 1 Nein 6 Enthaltung 4 Befangen 0)
- Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile abgelehnt (Ja 1 Nein 4 Enthaltung 3 Befangen 0)
- Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen abgelehnt (Ja 1 Nein 4 Enthaltung 3 Befangen 0).

Es lag ein Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit Drucksache 0245/18 vor. Dieser änderte die Anlage der Ursprungsdrucksache.

Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Über diesen Antrag wurde nicht votiert, teilte die stellv. Stadtratsvorsitzende mit.

Es lag ein Antrag der Fraktion SPD mit Drucksache 0560/18 vor. Dieser ergänzte die Ursprungsdrucksache um einen weiteren Beschlusspunkt.

Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Dieser Antrag wurde vom Einreicher am 09.04.2019 zurückgezogen, verkündete die stellv. Stadtratsvorsitzende.

Es lag ein Antrag der Fraktion CDU mit Drucksache 0561/18 vor. Dieser ergänzte ebenfalls die Ursprungsdrucksache um einen Beschlusspunkt. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Über diesen Antrag wurde nicht votiert, teilte die stellv. Stadtratsvorsitzende mit.

In der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt mit dem Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile, dem Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen sowie dem Bau- und Verkehrsausschuss am 02.05.2018 wurde die Drucksache inkl. aller vorliegenden Anträge vertagt.

Es lag ein gemeinsamer Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, dem Ortsteilbürgermeister Moskauer Platz und der Ortsteilbürgermeisterin Gispersleben mit Drucksache 0705/19 vor. Dieser änderte die Anlage 1 der Ursprungsdrucksache. Dieser Antrag wurde noch nicht vorberaten.

Zu Beginn bedankte sich Herr Stassny, Vorsitzender der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, für die Zustimmung zur Drucksache 0704/19 und zog zugleich den Antrag seiner Fraktion in Drucksache 0182/18 zurück. Der neu eingereichte Antrag seiner Fraktion mit dem Ortsteilbürgermeister Moskauer Platz und der Ortsteilbürgermeisterin Gispersleben (Drucksache 0705/19) verfestigt lediglich die mit der Drucksache 0704/19 bestätigte Erweiterung des Thüringen-Parks im Einzelhandels- und Zentrenkonzept. Hierzu

erklärte Herr Stassny als Vertreter der Einreicher, dass der Hinweis gemäß der Stellungnahme der Verwaltung zur Drucksache 0704/19 (*In der DS 0705/19 wäre bei der Ergänzung in Seite 117 im Klammertext die DS 0704/19 einzufügen.*) übernommen werde und bat um Zustimmung.

Herr Kallenbach, Fraktion CDU, führte zum Einzelhandels- und Zentrenkonzept und dessen Bedeutung für die Landeshauptstadt Erfurt und dessen zukünftige Entwicklung aus. Abschließend zog er im Namen seiner Fraktion die Drucksache 0561/18 zurück.

Herr Bärwolf, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., zog den Antrag seiner Fraktion (Drucksache 0245/18) zurück.

Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte seine Sichtweise zum Einzelhandels- und Zentrenkonzept und betonte deutlich, dass seine Fraktion dem nun vorliegenden Konzept (inkl. dem Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, dem Ortsteilbürgermeister Moskauer Platz und der Ortsteilbürgermeisterin Gispersleben (Drucksache 0705/19)) insgesamt zustimmen werde, sich aber eigentlich ein anderes Ergebnis - ohne die Erweiterung des Thüringen-Parks – gewünscht hätte.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, erläuterte die stellv. Stadtratsvorsitzende den Abstimmungsvorschlag. Nachdem einige Anträge von den jeweiligen Einreicher zurückgezogen wurden, standen lediglich noch die folgenden zu Abstimmung:

Zunächst ließ die stellv. Stadtratsvorsitzende den Antrag des Ortsteilbürgermeisters Herrenberg (Drucksache 2715/17), der die Ursprungsdrucksache ergänzte, abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	23
Enthaltungen:	2

Damit wurde dieser Antrag abgelehnt.

Sodann erfolgte die Abstimmung über den gemeinsamen Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN mit dem Ortsteilbürgermeister Moskauer Platz und der Ortsteilbürgermeisterin Gispersleben (Drucksache 0705/19) inkl. der Ergänzung im Klammertext auf Seite 117 wie folgt: "(aufgrund DS 0704/19 vor Billigung dieses Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes)" gemäß der Stellungnahme der Verwaltung zur Drucksache 0704/19, der die Anlage 1 der Ursprungsdrucksache änderte.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	22
Nein-Stimmen:	4
Enthaltungen:	4

Somit wurde dieser Antrag in der o. g. Fassung bestätigt.

Anschließend erfolgte die Endabstimmung über die Ursprungsdrucksache inkl. den zuvor bestätigten Änderungen.

mit Änderungen beschlossen Ja 24 Nein 0 Enthaltung 6 Befangen 0

Beschluss:

01

Das Erfurter Einzelhandels- und Zentrenkonzept (Anlage 1) wird als Konzept nach § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB beschlossen.

02

Die Stadtverwaltung wird beauftragt unter Zugrundelegung des Erfurter Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes im Dialog mit allen relevanten Akteuren ein Altstadtmarketingkonzept zur aktiven Mobilisierung der Entwicklungspotentiale des Zentralen Versorgungsgebietes Altstadt zu entwickeln und mit einem konkreten Maßnahmenplan und geeigneten Instrumenten zur Umsetzung zu untersetzen.

(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.)

9.1.1. Antrag des Ortsteilbürgermeisters Herrenberg zur Drucksache 1772/17 - Einzelhandels- und Zentrenkonzept - Billigung und Beschluss 2715/17

abgelehnt Ja 5 Nein 23 Enthaltung 2 Befangen 0

9.1.2. Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN zur Drucksache 1772/17 - Einzelhandels- und Zentrenkonzept - Billigung und Beschluss 0182/18

zurückgezogen

9.1.3. Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Drucksache 1772/17 - Einzelhandels- und Zentrenkonzept - Billigung und Beschluss 0245/18

zurückgezogen

9.1.4. Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 1772/17 - Einzelhandels- und Zentrenkonzept - Billigung und Beschluss 0560/18

zurückgezogen

- 9.1.5. Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 1772/17 - Einzelhandels- und Zentrenkonzept - Billigung und Beschluss 0561/18

zurückgezogen

- 9.1.6. Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/ FDP/ PIRATEN und der OTB Gispersleben und OTB Moskauer Platz zur Drucksache 1772/17 Einzelhandels- und Zentrenkonzept - Billigung und Beschluss 0705/19

bestätigt mit Änderungen Ja 22 Nein 4 Enthaltung 4 Befangen 0

- 9.2. Für die Einführung von Leichter Sprache in der Stadtverwaltung 1261/18
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

siehe TOP 2

Verwiesen in Ausschuss

- 9.2.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 1261/18 0694/19
Für die Einführung von Leichter Sprache in der Stadtverwaltung

Verwiesen in Ausschuss

- 9.3. Neufassung der Gebührensatzung der Volkshochschule Erfurt 1412/18
Einr.: Oberbürgermeister

Die stellv. Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Bildung und Sport die Drucksache in seiner Sitzung am 27.03.2019 einstimmig bestätigte (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 03.04.2019 ebenfalls einstimmig (Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Entsprechend der Vereinbarung unter TOP 2 gab es keine Wortmeldungen und es erfolgte die sofortige Abstimmung der Drucksache.

beschlossen Ja 32 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Beschluss:

Die Neufassung der Gebührensatzung der Volkshochschule Erfurt -GebVHSSEF- wird gemäß Anlage 1 beschlossen.

(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.)

9.4. Neufassung der Gebührensatzung der Schülerakademie/Erfurter Malschule 1413/18
Einr.: Oberbürgermeister

Die stellv. Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Bildung und Sport die Drucksache in seiner Sitzung am 27.03.2019 einstimmig bestätigte (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 03.04.2019 ebenfalls einstimmig (Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Entsprechend der Vereinbarung unter TOP 2 gab es keine Wortmeldungen und es erfolgte die sofortige Abstimmung der Drucksache.

beschlossen Ja 33 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

Die Neufassung der Gebührensatzung der Schülerakademie/Erfurter Malschule - GebSchülerakMalschulSEF - wird gemäß Anlage 1 beschlossen.

(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 3 beigefügt.)

9.5. Anpassung an den Klimawandel - Maßnahmenkatalog 2605/18
der Landeshauptstadt Erfurt
Einr.: Oberbürgermeister

Die stellv. Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt die Drucksache in seiner Sitzung am 26.02.2019 einstimmig bestätigte (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Der Stadtrat war zur Beratung der Drucksache in seiner Sitzung am 21.03.2019 nicht mehr beschlussfähig, so die stellv. Stadtratsvorsitzende.

Bezugnehmend auf die Drucksache stellte Herr Kanngießler, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Klimawandel anhand der Erderwärmung rückblickend für die vergangenen Jahre und prognostizierend auf die zukünftigen Jahre dar.

Frau Dr. Glaß, Fraktion DIE LINKE, führte zur Thematik aus und ging insbesondere auf den Hitzeaktionsplan ein.

Seitens der Verwaltung führte Herr Horn, Beigeordneter für Sicherheit und Umwelt, zum Maßnahmenkatalog für den Klimawandel der Landeshauptstadt Erfurt aus.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, erfolgte anschließend die Abstimmung über die Drucksache.

beschlossen Ja 31 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

Beschluss:

01

Das Konzept "Anpassung an den Klimawandel – Maßnahmenkatalog der Landeshauptstadt Erfurt" (Anlage 1) wird zur Kenntnis genommen und als Informations- und Handlungsgrundlage der Verwaltung beschlossen.

02

Die als vordringlich eingestuften Handlungsfelder sind vertiefend zu beurteilen. Dazu zählt derzeit die Gesundheitsbelastung durch Hitze, die in Arbeitsgruppen ressortübergreifend zu bewerten und durch abzuleitende Maßnahmen wie dem Hitzeaktionsplan zu begrenzen ist.

03

Liegen durch das Thüringer Landesprogramm zur Klimaanpassung neuere Erkenntnisse zur zukünftigen Klimaentwicklung in Erfurt vor, ist die Notwendigkeit zur Fortschreibung des Konzepts zu prüfen.

(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 4 beigefügt.)

9.6. Richtlinie für die Gewährung von Zuschüssen zur Beseitigung von Graffiti an baulichen Anlagen 2606/18
Einr.: Oberbürgermeister

Die stellv. Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Bau- und Verkehrsausschuss die Drucksache in seiner Sitzung am 21.02.2019 einstimmig bestätigte (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Der Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 26.02.2019 mit folgenden Änderungen (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0):

→ Einschub des Wortes "illegal" vor Graffiti in Titel und Beschlussvorschlag:

Änderung des Drucksachentitels:

*Richtlinie für die Gewährung von Zuschüssen zur Beseitigung von **illegalem** Graffiti an baulichen Anlagen*

Änderung des Beschlusswortlautes:

01

*Der Stadtrat beschließt die Richtlinie für die Gewährung von Zuschüssen zur Beseitigung von **illegalem** Graffiti an baulichen Anlagen (Anlage 1).*

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 26.02.2019 (Ja 10 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0).

Der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 27.02.2019 in der Fassung des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0).

Der Stadtrat war zur Beratung der Drucksache in seiner Sitzung am 21.03.2019 nicht mehr beschlussfähig, bemerkte die stellv. Stadtratsvorsitzende.

Es lag ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 0695/19 vor. Dieser änderte und ergänzte den Beschlusswortlaut sowie die Anlage der Ursprungsdrucksache.

Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor. Der Antrag wurde noch nicht vorberaten.

Zu Beginn erläuterte Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Intention des Antrages seiner Fraktion. Der Geltungsbereich solle die gesamte Stadt Erfurt sein inkl. aller Ortsteile – nicht nur die Altstadt erklärte er und gab zugleich bekannt, dass die Änderungsvorschläge gemäß der Stellungnahme der Verwaltung von seiner Fraktion übernommen werden. Aufgrund einer Wortdopplung bat Herr Prof. Dr. Thumfart um die redaktionelle Änderung im Beschlusspunkt 03 – hier sollte das Wort "vorrangig" durch "schwerpunktmäßig" ersetzt werden:

~~Vorrangig~~ **Schwerpunktmäßig** wird bei der Vergabe die Beseitigung von Graffiti Hassparolen und verfassungsfeindlichen Symbolen gefördert.

Herr Metz, Fraktion SPD, begrüßte die vorliegende Drucksache und sicherte die Zustimmung zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN inkl. der Änderungen von Herrn Prof. Dr. Thumfart zu. Die Altstadt sei Vorranggebiet, aber es sei wichtig die gesamte Landeshauptstadt Erfurt zu betrachten. Hierfür erwarte Herr Metz mehr Engagement von allen Beteiligten und regte an, mehr legale Flächen für Graffiti zur Verfügung zu stellen.

Herr Kamieth, Fraktion DIE LINKE., führte zur Thematik aus. Illegale Graffiti insbesondere Hassparolen dürfen nicht geduldet werden! Die Evaluierung der Richtlinie für die Gewährung von Zuschüssen zur Beseitigung von illegalem Graffiti an baulichen Anlagen nach einem Jahr begrüßte er und sprach sich ebenfalls für die Schaffung von mehr Flächen für legale Graffitiprojekte aus.

Herr Pfistner, Fraktion CDU, erklärte, dass seine Fraktion die Drucksache inkl. des vorliegenden Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüße und zustimmen werde. Die finanziellen Mittel sollten über das Jahr 2019 hinaus sichergestellt werden, regte Herr Pfistner an.

Der Beigeordnete für Sicherheit und Umwelt, Herr Horn, führte zur Drucksache aus und wies darauf hin, dass sich der Kriminalpräventive Rat in den kommenden Monaten intensiv

mit der Thematik und dem „World-Café Graffiti“ beschäftigen werde. Zudem seien finanzielle Mittel in Höhe von 50.000 Euro im Doppelhaushalt 2019/2020 veranschlagt.

Herr Prof. Dr. Dr. Pistner, Fraktion CDU, begrüßte die Drucksache sowie den vorliegenden Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abschließend verwies der Beigeordnete für Kultur und Stadtentwicklung, Herr Dr. Knoblich, auf die zwei im letzten Jahr bereitgestellten Wände für legale Graffitiarbeiten. Zugleich habe der Kulturlotsen im Dialog im letzten Jahr zur Thematik einiges erreicht und auch wenn die Stelle des Kulturlotsen zur Zeit unbesetzt sei, ist der ehemalige Verantwortliche weiterhin für die Kultur zuständig, betonte Herr Dr. Knoblich und sicherte zugleich in eine zeitnahe Neubesetzung der Stelle des Kulturlotsen zu.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Somit rief die stellv. Stadtratsvorsitzende zunächst den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 0695/19), der die Ursprungsdrucksache änderte und ergänzte, in der Fassung der Stellungnahme der Verwaltung und inkl. den mündlichen Änderungen von Herrn Prof. Dr. Thumfart zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	33
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Damit wurde dieser Antrag in der o. g. Fassung bestätigt.

Im Anschluss erfolgte die Endabstimmung über die Ursprungsdrucksache in Fassung des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile inkl. der zuvor bestätigten Änderungen.

mit Änderungen beschlossen Ja 33 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

Änderung des Drucksachentitels:

*Richtlinie für die Gewährung von Zuschüssen zur Beseitigung von **illegalem** Graffiti an baulichen Anlagen*

01

Der Stadtrat beschließt die Richtlinie für die Gewährung von Zuschüssen zur Beseitigung von illegalem Graffiti an baulichen Anlagen (Anlage 1).

02

Nach einem Jahr erfolgt eine Evaluierung.

- **Wie viel Anträge wurden in welcher Höhe gestellt?**
- **Wie viele Förderanträge konnten bewilligt werden?**
- **Welche Bereiche in der Stadt betraf das?**

(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 5 beigelegt.)

9.8.1. **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 2662/18 - Verkehrssicherheit auf Schulwegen und im direkten Umfeld von Kindertageseinrichtungen** 0258/19

vertagt

9.8.2. **Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 2662/18 - Verkehrssicherheit auf Schulwegen und im direkten Umfeld von Kindertageseinrichtungen** 0693/19

vertagt

9.9. **Bebauungsplan URB638 "Technologie- und Gewerbepark nördlich der Straße Am Herrenberg" - Billigung des Entwurfes und öffentliche Auslegung** 0025/19
Einr.: Oberbürgermeister

Dieser TOP wurde nach dem TOP 9.26 zur Beratung aufgerufen.

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Drucksache in den beteiligten Ortsteilräten vorberaten und wie folgt votiert wurde:

- Sitzung des Ortsteilrates Dittelstedt am 18.03.2019 abgelehnt (Ja 0 Nein 5 Enthaltung 0 Befangen 0)
- Sitzung des Ortsteilrates Herrenberg am 19.03.2019 bestätigt (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0)
- Sitzung des Ortsteilrates Linderbach am 21.03.2019 abgelehnt (Ja 0 Nein 2 Enthaltung 2 Befangen 0)
- Sitzung des Ortsteilrates Urbich am 25.03.2019 abgelehnt (Ja 0 Nein 3 Enthaltung 0 Befangen 0).

Die Beantwortung der Nachfragen des Ortsteilbürgermeisters Urbich lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern mit Drucksache 0601/19 vor.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 26.03.2019 (Ja 3 Nein 1 Enthaltung 4 Befangen 0).

Die Beantwortung der Nachfragen der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern mit Drucksache 0698/19 vor.

Zur Thematik der Drucksache lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern ein Schreiben der Industrie – und Handelskammer Erfurt (IHK) mit Datum vom 08.04.2019 vor.

An der Diskussion beteiligten sich (teilweise mehrfach):

- Herr Kallenbach, Fraktion CDU, äußerte sein Verständnis gegenüber der Abwägung zwischen dem guten Ackerboden oder dem Bau des Technologiezentrums nördlich der Straße am Herrenberg. Er befürwortete den Ausbau der Fläche als Technologiestandort und signalisierte die Zustimmung zur Drucksache.
- Entgegen den Aussagen seines Vorredners sprach sich Herr Staufenbiel, Fraktion CDU, deutlich gegen die Drucksache aus und begründete dies insbesondere mit der Frischluftzufuhr, die durch die geplanten 15 Meter hohen Gebäude gefährdet werde und zugleich verwies er auf die sehr gute Qualität des Ackerbodens. Dies sollte nicht außer Acht gelassen werden.
- Herr Prof. Dr. Dr. Pistner, Fraktion CDU, sprach sich ebenfalls gegen den Bebauungsplan URB638 aus. In seinen Augen sei dieses Vorhaben eine Umweltsünde. Er sah den zuvor in der Sitzung beschlossenen Maßnahmeplan für den Klimawandel mit solchen Vorhaben gefährdet.
- Herr Czentarra, Fraktion DIE LINKE., begrüßte die Drucksache mit Blick auf die wirtschaftlichen Faktoren. Die Landeshauptstadt Erfurt brauche dringend weitere Technologiezentren, um zu wachsen.
- Herr Vothknecht, Fraktion CDU, fragte nach, ob es schon bestimmte Investoren für die Flächen im Bebauungsplangebiet zur Ansiedlung von Technologieunternehmen gibt.
- Darauf ging der Beigeordnete für Finanzen und Wirtschaft, Herr Linnert, ein und erklärte, dass es sich zunächst um die Aufstellung des Bebauungsplanes für das Gebiet handelt. Da jedoch ca. 95 – 98 Prozent der Gewerbeflächen in der Landeshauptstadt Erfurt ausgelastet sind, werde mit einer zügigen Weitervermarktung an interessierte Investoren gerechnet.
- Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHER/FDP/PIRATEN, verwies auf den qualitativ hochwertigen Ackerboden sowie die Frischluftzufuhr und lehnte die Drucksache ab.
- Der Oberbürgermeister, Herr Bausewein, verwies auf die Auslastung der gegenwärtig zur Verfügung stehenden Gewerbegebiete in der Landeshauptstadt Erfurt. Der Stadtrat trage hiermit die Verantwortung für die Weiterentwicklung in Erfurt, denn viele in Erfurt ansässige Unternehmen seien auf der Suche nach Gewerbe- und Produktionsflächen. Diesem Bedarf – auch für umliegende Firmen – müsse die Landeshauptstadt - als eine wachsende Stadt - auch gerecht werden. Zu den Argumenten der Anwohner habe er Verständnis, aber es müsse im Sinne der gesamten Stadt abgewogen werden, ermahnte er und warb um Zustimmung zur Drucksache.
- Herr Kanngießler, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte seine Sichtweise und begründete seine Ablehnung der Drucksache.
- Der Ortsteilbürgermeister Linderbach, verwies auf die Frischluftzufuhr und sprach sich gegen die Errichtung des Technologie- und Gewerbeparks aus.
- Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, verkündete die Zustimmung seitens seiner Fraktion und begründete dies.

- Herr Kamieth, Fraktion DIE LINKE., sah den Bedarf für die Forschungsindustrie, die dringend in Erfurt benötigt werde, im Vordergrund und stimmte der Drucksache zu.
- Herr Poloczek-Becher, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, sprach sich für die Drucksache aus und begrüßte den Ausbau des Technologie- und Gewerbeparks und die Ansiedlung von Firmen im hohen Lohnsektor.
- Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, stellte in seinen Ausführungen dar, dass ein solcher Technologiestandort an anderer Stelle durchaus zustimmungsfähig sei, jedoch nicht am Standort in Urbich.
- Herr Dr. Knoblich, Beigeordneter für Kultur und Stadtentwicklung, wies darauf hin, dass die Geeignetheit des Standortes hinsichtlich der Bodenqualität nachhaltig abgewogen wurde. Der guten Qualität des Bodens stehe der notwendige Technologiestandort gegenüber und habe vor Ort Priorität für die Landeshauptstadt Erfurt. Es seien genügend Standortvergleiche durchgeführt worden und der vorliegende Bebauungsplan zustimmungsfähig.
- Die Nachfrage von Herrn Prof. Dr. Dr. Pistner zu den vertraglichen Bestimmungen wurde durch den Beigeordneten für Finanzen und Wirtschaft sowie den Beigeordneten für Kultur und Stadtentwicklung beantwortet.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Somit rief die stellv. Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über die Drucksache auf.

beschlossen Ja 23 Nein 10 Enthaltung 4 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes URB638 "Technologie- und Gewerbepark nördlich der Straße Am Herrenberg" wird entsprechend der zeichnerischen Festsetzung im Entwurf des Bebauungsplanes (Anlage 2) in seiner Fassung vom 07.03.2019 gegenüber dem Aufstellungsbeschluss Nr. 2042/12 vom 23.01.2013 neu begrenzt.

02

Der Entwurf des Bebauungsplanes URB638 "Technologie- und Gewerbepark nördlich der Straße Am Herrenberg" (Anlage 2) in seiner Fassung vom 07.03.2019 und dessen Begründung (Anlage 3) werden gebilligt.

03

Auf den festgesetzten Grünflächen der Zweckbestimmung "Naturerfahrungsraum" ist die vertiefende Freiflächenplanung unter Beteiligung der Bürger des Ortsteiles Urbich in einem mit dem Ortsteilrat abzustimmenden Beteiligungsformat durchzuführen.

04

Der Entwurf des Bebauungsplanes und die Begründung sowie die wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen (Anlage 6) werden nach § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt.

Gemäß § 4 Abs. 2 BauGB werden die Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereiche durch die Planung berührt werden, beteiligt.

(redakt. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 5 a – d beigefügt.)

Im Anschluss an die Abstimmung bat die stellv. Stadtratsvorsitzende nochmals die Fraktionsvorsitzenden nach vorn.

Hierbei wurde sich einvernehmlich geeinigt, den nicht öffentlichen Teil der Stadtratsitzung sogleich im Anschluss zu behandeln und die übrigen Tagesordnungspunkte auf die Sitzung am Folgetag zu vertagen.

Dagegen erhob sich kein Widerspruch.

Demzufolge beendete die stellv. Stadtratsvorsitzende, Frau Stange, anschließend die öffentliche Sitzung des Stadtrates.

9.9.1. **Stellungnahme zur Begründung des Ortsteilbürgermeisters Urbich bezüglich DS 0025/19** 0601/19

zur Kenntnis genommen

9.9.2. **Nachfragen der Fraktion FREIE WÄHLER/ FDP/ PIRATEN zur Drucksache 0025/19 - Bebauungsplan URB638 "Technologie- und Gewerbepark nördlich der Straße Am Herrenberg" - Billigung des Entwurfes und öffentliche Auslegung** 0698/19

zur Kenntnis genommen

9.10. **Vorhabenbezogener Bebauungsplan KRV712 "Hangkante Ringelberg - Leipziger Straße" - Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss, Billigung des Vorentwurfs und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit** 0035/19
Einr.: Oberbürgermeister

siehe TOP 2

Verwiesen in Ausschuss

9.10.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Drucksache 0035/19 - 0699/19
Vorhabenbezogener Bebauungsplan KRV712 "Hangkante Ringelberg - Leipziger Straße" - Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss, Billigung des Vorentwurfs und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit

Verwiesen in Ausschuss

9.11. Schaffung einer Planstelle Fußgängerbeauftragten/e 0063/19
Einr.: Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN

siehe TOP 2

vertagt

9.11.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur DS 0696/19
0063/19 Schaffung einer Planstelle Fußgängerbeauftragten/e

vertagt

9.12. Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 35 für den Bereich 0079/19
Hochheim "Gothaer Straße / östlich Wartburgstraße" - Billigung des Entwurfes und öffentliche Auslegung
Einr.: Oberbürgermeister

vertagt

9.13. Feststellung des Jahresabschlusses 2018 der KoWo- 0083/19
Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt
Einr.: Oberbürgermeister

vertagt

9.13.1. Antrag der Fraktionen CDU und FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN zur DS 0083/19 - 0689/19
Feststellung des Jahresabschlusses 2018 der KoWo-Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt

vertagt

9.14. Bebauungsplan KRV706 "ICE-City Ost, Teil A" - Aufstel- 0117/19
lungsbeschluss, Billigung des Vorentwurfs und frühzeiti-
ge Beteiligung der Öffentlichkeit
Einr.: Oberbürgermeister

Dieser TOP wurde nach dem TOP 9.6 behandelt.

Die stellv. Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt die Drucksache in seiner Sitzung am 26.03.2019 mit folgenden Änderungen einstimmig bestätigte (Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0):

→ mit der folgenden Ergänzung der unter Beschlusspunkt 01 aufgeführten Planungsziele:

- Die Hangkante mit ihrem Großgrün wird in die Planung integriert.

Es lag ein Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 0627/19 vor. Dieser enthielt die Ergänzung des Beschlusspunktes 01, die bereits im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt beantragt und bestätigt wurde. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Entsprechend der Vereinbarung unter TOP 2 gab es keine Wortmeldungen.

Zunächst rief die stellv. Stadtratsvorsitzende den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 0627/19), der die Ursprungsdrucksache ergänzte, zur sofortigen Abstimmung auf. Dieser wurde mit

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 31
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 2

bestätigt.

Anschließend erfolgte die Abstimmung über die Ursprungsdrucksache inkl. der zuvor bestätigten Ergänzung.

mit Änderungen beschlossen Ja 33 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01
Für den Bereich Krämpfervorstadt, Zum Güterbahnhof / östlich der Raiffeisenstraße / südlich der Rathenaustraße soll gemäß § 2 Abs. 1 Satz 1 BauGB der Bebauungsplan KRV706 "ICE-City Ost, Teil A" aufgestellt werden. Der Bereich des Bebauungsplanes wird entspre-

chend der zeichnerischen Festsetzung des Geltungsbereichs im Vorentwurf zum Bebauungsplan umgrenzt.

Mit dem Bebauungsplan werden folgende Planungsziele angestrebt:

- Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzung für eine geordnete städtebauliche Umnutzung nicht mehr für Bahnzwecke benötigter Flächen.
- Städtebauliche und verkehrliche Verknüpfung mit dem angrenzenden Stadtgefüge der Krämpfervorstadt unter Berücksichtigung des Integrierten städtebaulichen Rahmenkonzepts Äußere Oststadt.
- Entwicklung eines gemischt genutzten innerstädtischen Quartiers mit einem möglichen Nutzungsspektrum aus:
 - Büro- und Verwaltungsgebäude,
 - Tagungs-, Veranstaltungs- und Kongressräumlichkeiten,
 - Betriebe des Beherbergungsgewerbes,
 - Schank- und Speisewirtschaften,
 - sonstige (nicht wesentlich störende) Gewerbebetriebe,
 - Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke,
 - Einzelhandelnutzungen nur untergeordnet im funktionalen Zusammenhang mit sonstigen Nutzungen oder der Gebietsversorgung dienend,
 - Sicherung der Wohnnutzung im Bestand (Zum Güterbahnhof 2, 4, 6, 8, 10).
- Sicherung des Standortes "Zughafens" als Sondergebiet zur Nutzung für Kreativwirtschaft und Kulturveranstaltungen.
- Sicherung der für Bahnbetriebszwecke verbleibenden notwendigen Flächen, Funktionen und Leitungsrechte.
- Definition der Verkehrserschließungsanlagen und deren Anbindung an das vorhandene Straßennetz.
- Einordnung des ruhenden Verkehrs in einem zentralen Parkhaus bzw. in gebäudebezogenen Tiefgaragen, Definition von Ein- und Ausfahrten.
- Konfliktbewältigung hinsichtlich des Immissions-, Klima- und Naturschutzes.
- Sicherstellung der qualitativvollen Gestaltung der Gebäude, der öffentlichen und privaten Freiflächen sowie Straßenräume.
- Die Hangkante mit ihrem Großgrün wird in die Planung integriert.

Mit dem Bebauungsplan sollen die Sanierungsziele des Sanierungsgebietes Äußere Oststadt "SA KRV421" gebietsbezogen konkretisiert und die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine geordnete Bebauung geschaffen werden.

03

Der Vorentwurf des Bebauungsplanes KRV706 "ICE-City. Teilbereich Ost / Neues Schmidstedter Tor", in seiner Fassung vom 11.02.2019 (Anlage 2) und dessen Begründung mit Anlage (Anlagen 3 und 4) werden gebilligt.

04

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB wird durch öffentliche Auslegung des Vorentwurfes des Bebauungsplanes und dessen Begründung durchgeführt.

Gemäß § 4 Abs. 1 Satz 1 BauGB werden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereiche durch die Planung berührt werden, beteiligt.

(redakt. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 6 a – d beigefügt.)

9.14.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur 0627/19
Drucksache 0117/19, Bebauungsplan KRV706 "ICE-City
Ost, Teil A" - Aufstellungsbeschluss, Billigung des Vor-
entwurfs und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit

bestätigt Ja 31 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

9.15. Vorhabenbezogener Bebauungsplan GIS699 "Wohnanla- 0149/19
ge Nordhäuser Straße / Europaplatz" - Beschluss über die
Billigung und öffentliche Auslegung des Entwurfs
Einr.: Oberbürgermeister

Die stellv. Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ortsteilrat Gispersleben die Drucksache in seiner Sitzung am 18.03.2019 bestätigte (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Der Ortsteilrat Moskauer Platz bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 25.03.2019 ebenfalls (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 26.03.2019 einstimmig (Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Entsprechend der Vereinbarung unter TOP 2 gab es keine Wortmeldungen und es erfolgte die sofortige Abstimmung der Drucksache.

beschlossen Ja 33 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Die Zwischenabwägung zu den im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden eingegangenen Stellungnahmen wird beschlossen.
Das Abwägungsergebnis mit Begründung (Anlage 6) ist Bestandteil des Beschlusses.

02

Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes GIS699 Wohnanlage Nordhäuser Straße/Europaplatz in seiner Fassung vom 04.03.2019 (Anlage 2) mit dem Vorhaben- und Erschließungsplan (Anlage 3) und die Begründung (Anlage 4) werden gebilligt.

03

Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes und die Begründung werden nach § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt.

Gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 und § 4 Abs. 2 BauGB werden die Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereiche durch die Planung berührt werden, beteiligt.

Das Verfahren wird im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 Abs. 3 BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB durchgeführt.

Von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB wird gemäß § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 BauGB abgesehen.

03

Der Entwurf der Flächennutzungsplan-Änderung Nr.40 für den Bereich Gispersleben "Nordhäuser Straße / Europaplatz" und dessen Begründung sind nach § 13 Abs.2 Satz 1 Nr. 2 BauGB i. V. m. § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

Gemäß § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 BauGB i. V. m. § 4 Abs. 2 BauGB werden die Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereiche durch die Planung berührt werden, beteiligt.

(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 8 a – c beigelegt.)

**9.18. Grundstücksverkehr - Öffentliche Ausschreibung - Bau- 0198/19
grundstück in Bindersleben - Eschenweg
Einr.: Oberbürgermeister**

Die stellv. Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ortsteilrat Bindersleben die Drucksache in seiner Sitzung am 21.03.2019 einstimmig bestätigte (Ja 4 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 03.04.2019 ebenfalls einstimmig (Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Entsprechend der Vereinbarung unter TOP 2 gab es keine Wortmeldungen und es erfolgte die sofortige Abstimmung der Drucksache.

beschlossen Ja 33 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Stadtrat beschließt die Veräußerung des Baugrundstückes "Eschenweg" in der Gemarkung Bindersleben, Flur 1, Flurstück 272/7 mit einer Fläche von 336 m² mindestens zum Verkehrswert und nach vorheriger öffentlicher Ausschreibung. Alternativ zur Veräußerung soll auch die Bestellung eines Erbbaurechtes mit einer Laufzeit von maximal 90 Jahren zu mindestens 4 % Erbbauzins möglich sein.

02

Bei Vorliegen bis Ende 09/2019, wird die geplante Eigenheimrichtlinie berücksichtigt.

9.19. Änderung des Kinder- und Jugendförderplanes 2017 - 0209/19
 2021
 Einr.: Oberbürgermeister

Die stellv. Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Jugendhilfeausschuss die Drucksache in seiner Sitzung am 04.04.2019 bestätigte (Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 2).

Entsprechend der Vereinbarung unter TOP 2 gab es keine Wortmeldungen und es erfolgte die sofortige Abstimmung der Drucksache.

beschlossen Ja 33 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Kinder- und Jugendförderplan 2017 – 2021 wird gemäß Anlage 1 geändert.

02

Die Änderungen gemäß Beschlusspunkt 01 werden ab dem Haushaltsjahr 2019 wirksam.

(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 9 beigelegt.)

9.20. Gekorener Verbandsrat und dessen Stellvertreter in der 0342/19
 Verbandsversammlung des Fernwasserzweckverband
 Nord- und Ostthüringen (FWZ N/O)
 Einr.: Oberbürgermeister

Die stellv. Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen die Drucksache in seiner Sitzung am 28.03.2019 mit folgenden Änderungen bestätigte (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0):

→ Ergänzung des Beschlussvorschlages:

04

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Erfurt bestellt Herrn Thomas Trier mit Wirkung zum 11.04.2019 als Stellvertreter für Herrn Steffen Linnert in seiner Funktion als gekorener Verbandsrat in der Verbandsversammlung des Fernwasserzweckverbandes Nord- und Ostthüringen.

Entsprechend der Vereinbarung unter TOP 2 gab es keine Wortmeldungen und es erfolgte die sofortige Abstimmung der Drucksache in Fassung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen.

mit Änderungen beschlossen Ja 33 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Erfurt entbindet Frau Kathrin Hoyer mit Wirkung zum 10.04.2019 von ihrer Funktion als gekorener Verbandsrat des Fernwasserzweckverbandes Nord- und Ostthüringen.

02

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Erfurt entsendet Herrn Steffen Linnert, Beigeordneter für Finanzen und Wirtschaft, mit Wirkung zum 11.04.2019 als gekorenen Verbandsrat in die Verbandsversammlung des Fernwasserzweckverbandes Nord- und Ostthüringen.

03

Herr Andreas Horn wird als bisheriger Stellvertreter für Herrn Carsten Gloria mit Wirkung zum 10.04.2019 von dieser Funktion entbunden.

04

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Erfurt bestellt Herrn Thomas Trier mit Wirkung zum 11.04.2019 als Stellvertreter für Herrn Steffen Linnert in seiner Funktion als gekorener Verbandsrat in der Verbandsversammlung des Fernwasserzweckverbandes Nord- und Ostthüringen.

- 9.21. Schulnetzplan der Landeshauptstadt Erfurt 2019/20 bis 2023/24 0351/19
Einr.: Oberbürgermeister

siehe TOP 2

vertagt

- 9.22. Klimapartnerschaft mit der Partnerstadt San Miguel de Tucumán 0358/19
Einr.: Oberbürgermeister

Die stellv. Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Hauptausschuss die Drucksache in seiner Sitzung am 09.04.2019 einstimmig bestätigte (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Entsprechend der Vereinbarung unter TOP 2 gab es keine Wortmeldungen und es erfolgte die sofortige Abstimmung der Drucksache.

beschlossen Ja 32 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Teilnahme am Projekt „Kommunale Klimapartnerschaften“ entsprechend der Vereinbarung gemäß Anlage 2.

(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 10 beigefügt.)

Im Anschluss an die Abstimmung wurde der TOP 9.26 aufgerufen.

9.23. Mehr kulturelle Aktivitäten in der Stadt ermöglichen 0381/19
Einr.: Fraktion SPD

vertagt

9.24. Stadtgarten vor Vandalismus bewahren 0392/19
Einr.: Fraktion SPD

vertagt

9.25. Nicht von Pappe - Erfurt auf dem Mehrweg! 0456/19
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

vertagt

9.26. Jahresbericht der Beteiligungsstruktur für junge Menschen in Erfurt 0467/19
Einr.: Jugendhilfeausschuss

Die stellv. Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Der Stadtrat war zur Beratung der Drucksache in seiner Sitzung am 21.03.2019 nicht mehr beschlussfähig, teilte die stellv. Stadtratsvorsitzende mit.

Herr Möller, Fraktion SPD, führte in seiner Funktion als Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses kurz zur Drucksache aus und stellte den Antrag zur Änderung des Datums im Beschlusstext wie folgt:

„... soll im Stadtrat am ~~10.04.2019~~ **22.05.2019** behandelt werden.“

Dagegen erhob sich kein Widerspruch.

Gemäß der Vereinbarung unter TOP 2 gab es keine weiteren Wortmeldungen und es erfolgte sogleich die Abstimmung über die Drucksache inkl. der Datumsänderung von Herrn Möller.

mit Änderungen beschlossen Ja 33 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

Die Drucksache 0047/19 Jahresbericht der Beteiligungsstruktur für junge Menschen in Erfurt soll im Stadtrat am 22.05.2019 behandelt werden. Die Vertreter der Beteiligungsstruktur erhalten im Stadtrat eine Redezeit von 15 Minuten, um den Bericht vorzustellen.

Im Anschluss an die Abstimmung wurde der TOP 9.9 zur Beratung aufgerufen.

9.27. 1. Fortschreibung zum Wirtschaftsplan 2019 der KoWo 0471/19
Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt
Einr.: Oberbürgermeister

vertagt

9.28. Raum für Baumpflanzungen erhalten oder zu schaffen 0575/19
Einr.: Fraktion SPD

vertagt

9.29. Mit Kind unterwegs - Wickel- und Stillmöglichkeiten in 0598/19
Erfurt
Einr.: Fraktion CDU

vertagt

9.30. Erfurt sagt Danke - Kostenfreier Eintritt am Tag des Eh- 0599/19
renamtes für ehrenamtlich engagierte Erfurter Bürger
Einr.: Fraktion CDU

Verwiesen in Ausschuss

9.31. Erprobungs- und Entwicklungsvorhaben zu innerstädti- 0602/19
schen Bahntrassen als vernetzte Lebensräume
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Verwiesen in Ausschuss

10. Informationen

vertagt

gez. Pelke
Stadtratsvorsitzende

gez. Stange
stellv. Stadtratsvorsitzende

gez. 
Schriftführer/in